Stadtzeitung der
Deutschen
Kommunistischen
Partei
Mörfelden

September 1989

blick punkt

Nr.225

1800 suchen eine Wohnung

Die Fakten sind bekannt. Auch bei uns wächst die Wohnungsnot. Rund 1800 stehen schon auf der Liste der Suchenden. Wer geglaubt hatte, mit Beginn der SPD-GBL-Koalition gäbe es Ansätze zur Problemlösung, sieht sich getäuscht. Es gibt kein Nachdenken, keine Initiative, kein Suchen nach neuen Wegen. Die Koalitionsrunde hat offenbar noch nicht begriffen, daß Wohnen Menschenrecht ist.

Dabei ist alles schon lange bekannt. Die Bevölkerung wächst, der Siedlungsdruck im Flughafen-Umland hält an. Junge Ehepaare, kinderreiche Familien, Arbeiterfamilien, von denen nur ein Ehepartner verdient, finden keine Wohnung.

Wie reagiert die Rathaus-Koalition auf diese Lage? Auch das läßt sich mit einem Satz beschreiben. "Die Bonner Rechtskoalition hat den Mietwohnungsbau gestoppt, ohne Zuschüsse können wir nichts machen!" Ist das so? Gibt es keine kommunalen Handlungsspielräume? Wir meinen, es gibt sie! Wir haben deshalb entsprechende Vorschläge im Stadtparlament eingebracht.

Hier Ansatzpunkte:

Wir meinen, das Stadtparlament muß ständig intervenieren, damit Bonn und Wiesbaden wieder mehr Geld für den Wohnungsbau zur Verfügung stellt.

Wir brauchen aber auch eigene Ideen und Programme. So könnten finanzielle Anreize gegeben werden, daß Baulücken geschlossen, Dachgeschosse ausgebaut werden können. Kommunalpolitiker müssen ständig überlegen, wie man den Wohnungsbau in der Kommune fördern kann. Die Stadt selbst muß Bodenbevorratungspolitik betreiben, eigene Wohnungen bauen.

Auch wir wissen natürlich, das Geld ist knapp. Die Stadt hat gerade gerade Millionen für den "Goldenen Apfel" und das Schwimmbad ausgegeben, die Kläranlagen müssen saniert werden - aber im Hinterkopf muß man auch stets haben:

1800 Menschen suchen eine Wohnung!

Alte Fehler und neue Aufgaben

Das Problem ist kompliziert. Wir wollen, daß die Leute ordentlich wohnen - wir wollen aber auch nicht alles zubetonieren. Diesen Konflikt zwischen Wohnungsnot und Ökologie haben wir. Dabei sehen wir auch die alten Fehler - jahrelang wurde nämlich der Boden verschleudert für ebenerdige ALDI- und andere Großhallen. Auch heute wird wieder mit Boden geschachert und die Gefahr besteht, daß wieder mit eingeschossigen Hallen große Flächen verbraucht werden. Im Gewerbegebiet Mörfelden Ost wurde in der letzten Zeit für 30 Millionen Mark Gelände aufgekauft. Es sind vor allem Unternehmen aus Berlin und München, die nehmen, was Sehring und andere Bodenspekulanten anbieten. Quadratmeterpreis: DM 120.- bis 140,-. Auch die FAG ist dabei, wenn Boden zu kriegen ist. Im Norden Walldorfs hat sie 34000 qm aufgekauft - im Gespräch sind erneut 1060 qm. - Das ist die Sache mit dem Boden.

Aber sind neue Baugebiete überhaupt die Lösung? Wir meinen, bevor man an neue Baugebiete geht, muß man vorhandene Gebäude nutzen, Baulücken schließen. In unserer Stadt gibt es 4456 Wohngebäude mit 8280 abgeschlossenen Wohnungen. Davon sind 7505 bewohnt. Ungefähr 750 Wohnungen sind nicht vermietet.

Noch ein Gedanke drängt sich auf. In Frankfurt und in vielen anderen Städten gibt es ganze Stadtteile, in denen ausschließlich amerikanische Soldaten und ihre Familien wohnen. Auch in unserer Stadt leben über 350 Amerikaner. Wenn die USA Entspannungspolitik ernstnehmen und abziehen würden, wäre über Nacht das Wohnungsproblem nicht mehr so dringlich.

Zeit für Besonnenheit

Seit Wochen läuft eine gesamtdeutsche Politpsychose. Dabei gehen nachdenkliche Einschätzungen meist unter. Interessant ist der parteiübergreifende Gleichklang der BRD-"Argumente". Alle fordern Reformen in der DDR. Aber keiner will natürlich Reformen, die den Sozialismus verbessern. Man will in Wirklichkeit die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern. Deshalb auch das tägliche, gezielte TV-Spektakel in die Richtung der BRD- und DDR-Fernseher. Wer halbwegs informiert ist, weiß natürlich, daß in der DDR vieles verändert und verbessert werden muß. Da gibt es tatsächlich viele ökonomischen Zwänge, Betriebsüberalterungen, Versorgungsprobleme. DDR-Bürger, die jeden Abend unsere TV-Werbung konsumieren, wollen natürlich auch bessere Autos, Videogeräte, Heimcomputer.

Und es stimmt natürlich, daß Reisemöglichkeiten gefordert werden, daß die nachhinkende Informationspolitik kritisiert wird. Es gibt viele Gründe, die noch hinzukommen.

Allerdings bei dem täglichen Grau-in-Grau-DDR-Gemälde denkt kaum noch einer darüber nach, was in der DDR positives erreicht wurde, was es wertvolles und nachahmungswertes gibt.

Und bei dem ganzen Rummel werden die Bundesbürger natürlich auch von ihren eigenen Problem abgelenkt. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Neue Armut - wenig Platz dafür in den Medien.

Ein anderer Aspekt ist allerdings wesentlich ernster. Die Grenze zur DDR ist eine gefährliche Nahtstelle zwischen zwei hochgerüsteten Militärblöcken. Nach dem Kalten Krieg hat sich mühsam ein Klima der Verständigung, der guten Nachbarschaft und des Abrüstungsdialogs entwickelt. Dieses Klima entstand auf einer guten vertraglichen Basis. Handel und Wandel, Kultur und Wissenschaft, Reise und Ausreise prägten zunehmend das politische Leben zwischen den beiden deutschen Staaten. Man hatte vertraglich Nichteinmischung und vollständige staatliche Souveränität vereinbart. Von Stabilisierung der Beziehung war hier die Rede, und nicht von Rekapitalisierung und Destabilisierung der DDR.

Wir meinen, es ist höchste Zeit zur Umkehr. Zeit für Realismus und Besonnenheit.

Verlockungen gibt es viele. Aber die "Pferdefüße" sieht man auch.

Deutsche

Am 15. September wurden Übersiedler aus der DDR im Kreis Groß-Gerau begrüßt. Es waren ganz junge Leute. In der "Frankfurter Neuen Presse" (16.9.) konnte man erste Interviews lesen:

"Der Grundgedanke des Sozialismus ist an sich eine schöne Sache", kommt Frank Thürnagel zur Politik, "aber es klappt nicht." Er sagt: "Zirka 70 Prozent aller Übersiedler aus der DDR sind eher rechts" und bezeichnet sich als "Mitte rechts", die beiden anderen nicken dazu.

"Die Ausländer in der DDR werden bevorzugt", meint Andreas Zacher. Und Thürnagel fährt fort: "Die Reps sind die einzigen, die das Wort 'Deutsche' wirklich in den Mund nehmen ... Wir wissen, daß die Deutschen hier gegen Ausländer sind." Das Trio will in Frankfurt eine Wohngemeinschaft bilden.

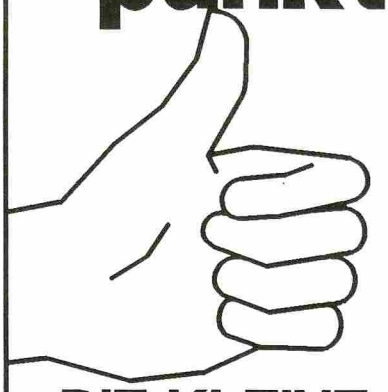
Sicher sind diese Sätze allein nicht geeignet das Problem zu beschreiben. Nachdenklich werden darf man aber.

Es stand in der Zeitung:

"Blaß würden die Übersiedler regelmäßig, wenn sie hörten, wieviel Geld sie in der Bundesrepublik für die Mieten zahlen müßten. Bei der anschließenden Auskunft, rund ein Drittel des Einkommens müsse für Steuern und Sozialversicherung abgeliefert werden, falle vielen auch noch die Kinnlade herunter. Diese Beobachtungen schildern die von Arbeitgebern und Gewerkschaften entsandten Berater vor dem Wohnmobil im Gießener Aufnahmelager." *(FR, 20.9.1989)*

Die Zeitung der arbeitenden Menschen. Zeitung der DKP.

blick punkt



DIE KLEINE ZEITUNG MIT DER GROSSEN WIRKUNG!

Starthilfe und Lockmittel

Wer aus der DDR einen bundesdeutschen Paß erhält, bekommt noch einiges dazu. Hier eine Übersicht.

Handgeld (Überbrückungshilfe)
200 DM sofort nach Eintreffen in der Aufnahmestelle. Zuzüglich Taschengeld aus Mitteln der Sozialhilfe.

Eingliederung/Arbeitslosengeld
Ohne in der Bundesrepublik einen Handschlag getan zu haben, erhält jeder erwerbslose Um- oder Übersiedler vom ersten Tag an volles Arbeitslosengeld. Dauer: Maximal ein Jahr. Einzige Voraussetzung: Er soll in seiner Heimat mindestens fünf Monate erwerbstätig gewesen sein. Wenn nicht nachweisbar falsch, soll den Angaben der Antragsteller bei der Errechnung der Anspruchshöhe vertraut werden. An die Stelle des Arbeitslosengeldes soll 1990 die sogenannte Eingliederungshilfe treten. Höhe in der Regel: 1.000 DM monatlich zuzüglich 130 DM Familienzuschlag und mindestens 75 DM Zuschlag pro Kind (Kindergeld).

Renten
Alle erhalten ihre Renten so, als hätten sie ihr gesamtes Erwerbsleben in der Bundesrepublik mit den hier geltenden Beitragssätzen zur Rentenversicherung verbracht.

Entschädigungen
Für "Hausratsverluste" erhält der Übersiedler, falls er mehr als die Hälfte seines Eigentums zurückgelassen hat, einen Grundbetrag bis zu 1.800 DM. Hinzu kommen Pro-Kopf-Beträge für Ehegatten und Kinder. Ab 1990 gibt es einen Grundbetrag von 1.400 DM zuzüglich 200 DM für den Ehegatten und 150 DM je Kind.

Wohnungsvergabe
Bei der Vergabe von Sozialwohnungen werden Übersiedler bis zum Jahresende stark bevorzugt behandelt. Für die Frist bis zu fünf Jahren nach der Einreise gilt für sie ein Zuschlag von 6.300 DM auf die Jahreseinkommensgrenze. Auch die Wohnungsämter wirken mit. Sie gehen bei Übersiedlern von höchster Dringlichkeit in der Wohnungsvermittlung aus. Bis 1990 gilt für die Errechnung des Wohngeldanspruchs ein Übersiedler-Zusatzfreibetrag von 2.400 DM.

Kreditvergünstigungen
Für Wohnungseinrichtungen erhalten Übersiedler bis zu 10.000 DM zinsverbilligte Kredite. Wollen sich Aussiedler oder Übersiedler ein neues Haus kaufen, erhalten sie bis zu 20.000 DM zinslosen Kredit.

Steuervergünstigungen
Für die "Wiedereingliederung in den Beruf" gelten viele Vergünstigungen - von Steuererleichterungen bis zur "unbürokratischen" Eintragung in die Handwerksrolle. Aufbaudarlehen nach dem Lastenausgleichsgesetz können ebenso in Anspruch genommen werden, wie Mittel aus dem "ERP-Existenzgründungsprogramm".

Gefährliche Sprüche

Am 17. September war der "Tag der Heimat 1989" im Bürgerhaus. Veranstalter: Der Bund der Vertriebenen. Motto: "Das ganze Deutschland ist unser Vaterland!"
Nach zackiger Marschmusik kam es knüppeldick:
"Das Grundgesetz geht vom Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 aus", sagt BdV-Kreisvorsitzender Dr. Anfried Stingl, "Polen und die Sowjetunion sind lediglich Gebietsverwalter."
Der Redner Dr. Harry Hochfelder: "Die Annäherung von Ost und West ist keineswegs das Optimum in der Frage Wiedervereinigung. Ein geeintes Deutschland besteht nicht nur aus Bundesrepublik und DDR, sondern auch aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße."
Weiter: "Wir Sudetendeutschen sind die einzigen, die den Osten wirtschaftlich wiederaufbauen können - natürlich wollen wir dann auch, daß uns das Land gehört. Und der Zeitpunkt dafür liegt vielleicht gar nicht so weit ..."
Diese gefährlichen Sprüche haben Konjunktur. Wer heute erneut die Grenzen in Frage stellt, von der Neuordnung Europas faselt, hat vergessen, wohin uns der Kalte Krieg geführt hat.
Sozialdemokratische Lokalpolitiker sollten sich künftig überlegen, ob sie bei solchen chauvinistischen Jubelfeiern noch Grußworte reden können.

Aus dem STADT Parlament

Antrag der DKP-Fraktion

WOHNEN

Der Magistrat wird beauftragt ein kommunales Wohnraumprogramm als Sofortmaßnahme zu erarbeiten. Dieses Programm zur Wohnraumbeschaffung wird der Stadtverordnetenversammlung noch in diesem Jahr zur Beschlußfassung vorgelegt.

Die DKP-Fraktion sieht hier u.a. folgende Möglichkeiten:

1. Eine Intervention des Parlamentes und des Magistrates in Bonn und Wiesbaden, um eine größere Förderung des Mietwohnungsbaues zu erreichen.

2. Sozialer Wohnungsbau in städtischer Regie.

3. Herstellung eines Baulückenkatasters. Bei Bebauung solcher Flächen, städtische Zuschüsse für die Errichtung von Mietwohnungen.

4. Förderungsprogramm für den Ausbau von Dachgeschossen zu Mietwohnungen.

5. Städtische Hilfe bei der Vermittlung von Wohnraum (Kommunale Wohnungsvermittlungsstelle).

6. Die Gewährung von Umzugskosten-Beihilfen für Räumungswillige in fehlbesetzten Sozialwohnungen.

7. Ein spezielles Hilfsprogramm für Bevölkerungsgruppen, die es besonders schwer haben Wohnraum zu finden (Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Ausländer, Senioren, Behinderte).

Begründung:
Die Zahl der Wohnungssuchenden ist in unserer Stadt steil angestiegen. 1987 gab es im Schnitt 300 Wohnungssuchende, im Herbst 1988 schon 400. Jetzt sind fast 600 Familien und Einzelpersonen registriert, die eine Wohnung suchen.
Von den ca. 1.030 vorhandenen Sozialwohnungen kann die Stadt nur ca. 230 direkt belegen.
In der Regel gehen heute 50 Prozent des Einkommens für die Miete drauf. Zum Teil werden auch in unserer Stadt 15 DM ohne Umlagen für den Quadratmeter als Miete verlangt.
Diese Situation belastet die wirtschaftlich Schwächsten, während Besserverdienende immer mal noch etwas finden. Familiengerechte Wohnungen und Sozialwohnungen werden deshalb besonders benötigt.
Fast 44 Prozent der 31.000 Einwohner sind zwischen 18 und 45 Jahren. So sind auch bei den Wohnungssuchenden viele junge Leute, die nach einer eigenständigen Bleibe suchen. Viele junge Ehepaare und kinderreiche Familien, Arbeiterfamilien, von denen nur ein Ehepartner verdient, finden keine Wohnung, die sie bezahlen können. Die angewachsenen Probleme zwingen auch die Kommunalpolitiker zum Handeln.

Anfrage der DKP-Fraktion

UMWELTSCHUTZ

1. Welche Möglichkeiten gibt es die Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen der Intensivlandwirtschaft in unserer Gemarkung zu schützen?

- Verzehr von Fallobst (von Äckern die großflächig gespritzt wurden).

- Verschwebungen und Abdrift von Pestiziden auf Nachbargrundstükke.

2. Wer kontrolliert den Einsatz von Pestiziden und den Düngereinsatz in unserer Feldgemarkung?

- Art und Menge der eingesetzten Mittel.

- Häufigkeit der Anwendung.

- Qualifikation der ausbringenden Personen.

Begründung:
Es gibt zunehmend die Gewißheit, daß auswärtige Landwirte in unserer Gemarkung Düngemittel, Unkrautvernichtungs- und Pflanzenschutzmittel in hohem Maße einsetzen. Früher wurden in einem Jahr Kartoffel und im nächsten Jahr Korn gepflanzt und kaum künstlicher Dünger gestreut - die geringen Mengen Mist und Jauche verkraftete der Boden. Heute bauen Landwirte 10 Jahre hintereinander auf den gleichen Feldern Roggen an, mit neu gezüchteten Sorten (niedriger Halm und lange Ähre). Für eine gute Ernte muß dann ständig der Traktor mit dem Düngewagen über die Felder fahren und zwischendurch, manchmal alle drei bis vier Wochen, mit dem breiten Sprühgerät Pestizide (Pflanzenschutzmittel) verbreiten, damit keine Krankheiten am Getreide entstehen und sich kein Ungeziefer verbreitet.
Die DKP hat u.a. mit ihrer Stadtzeitung "blickpunkt" mehrmals auf diesen Zustand hingewiesen.

Der Magistrat hat im November 1988 unsere Fragen nach der Gefährlichkeit des verspritzten Mittel "Tribunil", unsere Fragen nach der Sicherheit der Bevölkerung an das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung verwiesen. Die Antwort des Amtes befriedigt uns nicht. Zumal das Problem der notwendigen Kontrolle ungeklärt blieb. Bei diesem Antrag geht es nicht darum die hier anbauenden Landwirte generell anzugreifen, eine Kontrolle der Intensivlandwirtschaft scheint uns aber unumgänglich.

Antrag der DKP-Fraktion

HEGBACH

Der Magistrat setzt sich bei den entsprechenden Stellen (Regierungspräsident, Wasserwirtschaftsamt, Gemeinde Erzhausen) dafür ein, daß sich die Hegbachverschmutzungen nicht wiederholen. Der Magistrat unterstützt nachhaltig die Schadenersatzforderungen des Mörfelder Anglervereins.
Der Stadtverordnetenversammlung ist bis Ende des Jahres über den Vorgang Bericht zu erstatten.

Begründung:
Ende Juli 1989 kam es zu einem Fischsterben im Hegbach. Es gab große Verluste vor allem bei den eingesetzten Forellen.
Der Grund, am 23. Juli war ein Sammelkanal im Kanalnetz Erzhausen verstopft. Schmutzwasser gelangte in den Hegbach. Ca. 90 Prozent des Fischbestandes wurde vernichtet. Von den Behörden wurde der Vorgang als seltener Notfall abgetan. Veränderungen am Kanalnetz seien nicht geplant. Das Ermittlungsverfahren wurde eingestellt. Wir sollten uns nicht damit abfinden, daß die Staatsanwaltschaft Darmstadt, die Gemeinde Erzhausen und das Darmstädter Landratsamt die Sache als erledigt erklären. Sonst droht demnächst wieder ein Fischsterben.

Dieser Antrag wurde am 19. September in der Stadtverordnetenversammlung angenommen.

Anfrage der DKP-Fraktion

MIETEN

1. Wieviele öffentlich geförderte Sozialwohnungen gibt es in Mörfelden-Walldorf?

2. Wieviele Sozialwohnungen gehören davon Privatpersonen, Unternehmen, Genossenschaften etc.?

3. Welche Auswirkungen hat das Steueränderungsgesetz 1990 auf die hiesigen Mietverhältnisse? (Genaue Ermittlung).

4. Für wieviele Sozialwohnungen hat die Stadt Belegungsrechte?
Bei welchen Wohnungsbesitzern?

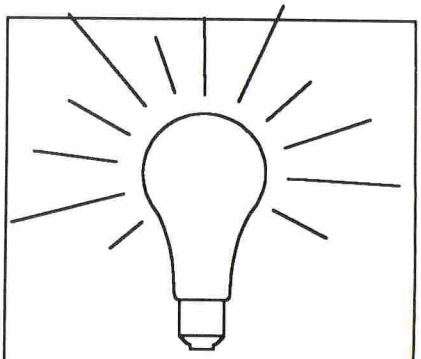
5. Welche Förderungsmittel hat die Stadt in der Vergangenheit dazu bereitgestellt?

6. Wieviele Sozialwohnungen werden bis 1995 jährlich aus der Bindung fallen?
(Wenn ja, welche?)

7. Ist unsere Stadt ein "Gebiet mit erhöhtem Wohnbedarf" (5a WoBindG)?

Begründung:
Ab 1.1.1990 entfällt die Befreiung von der Körperschafts-, Vermögens- und Gewerbesteuer für alle gemeinnützigen Wohnungsunternehmen. Da diese Maßnahme mit zahlreichen komplizierten Sonderregelungen verbunden ist, kann man schwer die Auswirkungen abschätzen, die durch die Zerstörung der Wohnungsgemeinnützigkeit in unserer Stadt entstehen.

Aus der Antwort des Magistrats:
Es gibt 1137 Wohnungen im Sozialen Wohnungsbau. Davon sind 11 aus der Preisbindung herausgefallen. Von den Sozialwohnungen sind 230 in städtischem Besitz, 907 sind Eigentum verschiedener Wohnungsbaugesellschaften. Die Auswirkungen des Steuerreformgesetzes werden unterschiedlich beurteilt. Mit Mieterhöhungen ist aber zu rechnen. Die Stadt hat nach dem II. Wohnungsbaugesetz bei Sozialwohnungen kein Belegungsrecht, sondern nur ein Benennungsrecht, wenn sie sich mit 20000 Mark pro Wohneinheit beteiligt. Aus der Wohnungsbindung entfallen 36 Wohnungen in der Flughafenstraße 73-77 und 79-83.



Licht in die Sache bringen!

"blickpunkt" anrufen!

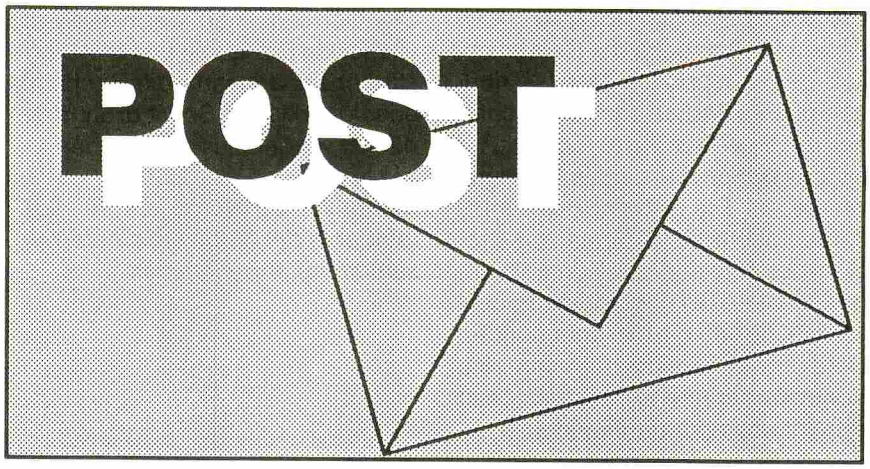
22362

Rekorde

Immer neue Rekorde werden vom Flughafen gemeldet. In diesem Jahr rechnet man mit einem Passagieraufkommen von 27 Millionen. In zehn Jahren sollen es 37 Millionen jährliche Fluggäste sein. Die Zahl der Beschäftigten auf Rhein-Main soll sich von derzeit 50.000 auf 70.000 erhöhen. Und der Aufsichtsrat hat jetzt beschlossen für den Ausbau 1,7 Mrd. DM mehr auszugeben. Die Investitionen sollen in den nächsten Jahren 7,4 Milliarden erreichen. Es wird nicht dabei bleiben.
Kritische Fragen gibt es kaum noch. Bei 7,4 Milliarden wagt schon keiner mehr nach der Sozial- und Umweltverträglichkeit zu fragen. Man arrangiert sich und der Flughafen wächst und wächst. Auch im Norden Walldorfs erwarb die FAG vor kurzem 34.000 Quadratmeter, die Stadt selbst will jetzt noch einiges drauflegen.
Das böse Erwachen ist vorprogrammiert.

Frauentreff e.V.

Zur Förderung und Unterstützung des Frauentreffs im "Goldenen Apfel" wird sich ein Verein gründen. Dieser Verein wird den Namen "Frauentreff Mörfelden-Walldorf" führen und sich aktiv für die Gleichberechtigung der Frauen einsetzen. Interessierte Frauen und örtliche Frauengruppen haben seit August an Einrichtungsvorschlägen und an einem Inhaltskonzept gearbeitet. Die Einrichtungsvorschläge wurden inzwischen bei der Stadt eingereicht. Viele Ideen und Vorschläge für den Organisationsablauf des Frauentreffs haben die Frauen miteinander diskutiert. Nun wurde sich auf eine Vereinsgründung geeinigt und eine Satzung hierfür erstellt. Die Vereinsgründung findet am
Dienstag, den 3.10., um 20 Uhr,
im Ev. Gemeindezentrum Mörfelden, Bgm.-Klingler-Straße,
statt.
Alle interessierte Frauen sind dazu recht herzlich eingeladen.



Bedarfsampel gefordert

Die DKP-Fraktion erhielt Post von den Bewohnern der Thälmannstraße. Der Brief war von 54 Personen unterzeichnet. Es wurde außerdem darauf verwiesen, daß fast in jedem Haus kleine Kinder wohnen - 46 Kinder wurden namentlich aufgeführt.
Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrte Damen und Herren,
laut Presseberichten wird die Querspange (B 44 - Vitrolles-Ring) 1990 begonnen.
Nach ihrer Fertigstellung wird mit erheblichem Mehrverkehr auf dem Vitrolles-Ring gerechnet (u.a. LKWs aus dem Industriegebiet und Frankfurt/Rüsselsheim), der im Moment schon eine verkehrsreiche Straße ist (pro Tag 6.300 Autos geschätzt).
Zur Zeit gibt es zwei Fußgängerüberwege:

1.) Vitrolles-Ring - Zillering

2.) Vitrolles-Ring - Waldweg zum Schlichtertor

Da die wenigsten Autos mit den erlaubten 50 km/h fahren, ist bereits derzeit das Überqueren der Straße auf dem Zebrastreifen im Straßenverkehr gefährlich und für Schulkinder schwer zu meistern.

Um in Zukunft ein gefahrloses Überqueren der Fahrbahn unseren Kindern und auch älteren Mitbürgern zu ermöglichen, bitten wir um Errichtung einer Fußgängerbedarfsampel spätestens mit Fertigstellung der nördlichen Querspange.
Sie sollten bedenken, daß 6 1/2jährige Schulanfänger (und auch noch weit jüngere Kinder, die den Kindergarten besuchen), auch ohne Begleitung Erwachsener in die Schule gehen werden.
Zudem haben auch größere Kinder und Jugendliche, ja auch Erwachsene, bei den überhöhten Geschwindigkeiten, die auf dem Vitrolles-Ring gefahren werden, Schwierigkeiten, ohne Gefahr für sich die Straße zu überqueren. Es handelt sich nicht ausschließlich um die Bewohner der Thälmannstraße und ihrer Besucher, sondern auch um die vielen Fußgänger und Fahrradfahrer, die durch das Schlichtertor in den Wald gelangen wollen.

Wir möchten Sie bitten, sich für diese Maßnahme in unserem Namen und im Namen unserer Kinder einzusetzen, damit furchtbare Unfälle auch in Zukunft vermieden werden können.

Das schreib ich dem

blick punkt

132.000 Mark Steuergelder für die CDU

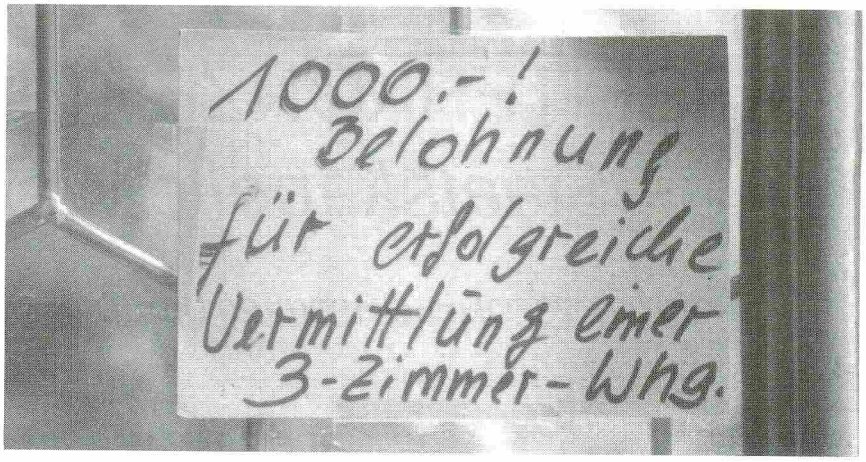
Vor einiger Zeit gab es in der Stadtverordnetenversammlung einen Beschluß, durchgesetzt von der GBL und der CDU, wonach die Stadt Fraktionsräume anmieten sollte. Kurz vor der Kommunalwahl bekamen die Grünen kalte Füße und verzichteten auf das teuere Büro. Nicht so die CDU. Sie zog ins vornehme Walldorf-Center ein und die Stadt muß dafür, für die vorgesehene fünfjährige Mietzeit, zusammen ca. 132.000 DM bezahlen.

Die DKP verlangte nun im Stadtparlament die Aufhebung der alten Mehrheitsentscheidung.

In der DKP-Erklärung heißt es hierzu: "Wir sollten diese Ungleichbehandlung jetzt endlich beenden. Denn sonst könnte jede Fraktion 132.000 DM verlangen. Außerdem - die Vorsitzenden der Vereine und Vereinsabteilungen machen selbstverständlich ihre Arbeit auch in der eigenen Wohnung."

Blamabel dann der neue Beschluß: CDU, SPD, GBL stimmten gegen den DKP-Antrag.

Noch können wir uns das SPD/GBL-Verhalten nicht erklären. Eine Vermutung allerdings drängt sich auf - sie wollen auch an die Futterkrippe.



In einer Groß-Gerauer Gaststätte fotografiert. Ohne Kommentar!

Die Wohnungsnot führte schon oft zu verzweifelten Aktionen. Jetzt auch in Mörfelden. Dagmar Schwappacher und ihre Tochter besetzten, nach eineinhalb Jahren vergeblicher Wohnungssuche, das Wohnungsamt um auf ihre verzweifelte Lage aufmerksam zu machen.

Psychopharmaka für den Ernstfall

Makabre Versuche mit Psychopharmaka für den Kriegsfall enthüllte die "Wirtschaftswoche". Die Bundesregierung will die Aufrüstung im Bereich der "zivilen Verteidigung" forcieren.

Wie die "Wirtschaftswoche" berichtet, läßt das Bundesamt für Zivilschutz zur Zeit Psychopharmaka auf ihre Eignung untersuchen, im Kriegs- und Katastrophenfall Euphorie, Ruhe und Schmerzlosigkeit auszulösen.

Bis 1992 soll an der Psychiatrischen Klinik der Universität München an gesunden Personen und Psychiatriepatienten der Einsatz erforscht werden. Angst, Flucht, Motorik, Schmerz und Aggressionen sollen in der Bevölkerung ausgeschaltet werden. Wie Opium oder LSD soll die "Pille vom Zivilschutz" auch mit euphorisierenden Traumbildern beglücken. Hintergrund für die Kriegs-Pharmaforschung sei auch, daß sich die Wehrpsychiater zunehmend um die Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr sorgen, die durch Panik weiter untergraben werden könnte.

ARBEITERKONZERT DER DKP

Staatskapelle Weimar

Montag, 23. Oktober 1989 - 20 Uhr - Bürgerhaus Mörfelden

PROGRAMM

Richard Strauß, Don Juan, Sinfonische Dichtung
Dimitri Schostakowitsch, Konzert für Violocello und Orchester Nr. 2 op. 126
Ludwig v. Beethoven, Sinfonie Nr. 7 A-Dur op. 52

Mörfelden gestern

Ein Gruppenbild (ohne Dame), das uns viele Rätsel aufgibt. Es stammt sicherlich aus der Zeit kurz nach dem 1. Weltkrieg und ist somit schon fast 70 Jahre alt. War es ein Ausflug des Mörfelder Gesangvereins? Eine markante Persönlichkeit ist auf dem Bild zu erkennen, und zwar Ludwig Geiß, genannt "Konsum-Lui", (zweiter stehend von rechts), der in vielen Vereinen und Arbeiterorganisationen tätig war.
Es muß ein trockener Ausflug gewesen sein. Man sieht nicht, wie sonst üblich auf diesen Bildern, gestemmte Biergläser.
Rätsel geben uns die kleinen Zettelchen auf, die manche in der Hand halten, oder bei anderen in den Huträndern stecken. Es ist anzunehmen, daß sich die Ehefrauen versteckt hielten, denn zwei kleinere Kinder, die ja meistens in die Obhut der Frauen gegeben wurden, befinden sich mit auf dem Bild.

Verantwortlich: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Tel. 22362 - Eigendruck